



CDU FRAKTION
MOERS

CDU-FRAKTION MOERS • 47441
Moers

An den

Bürgermeister der Stadt Moers,
Herrn Christoph Fleischhauer

im Hause

Moers, 23.05.2023

Petra Kiehn
Vorsitzende

Michael Gawlik
Vorsitzender

Klaus Brohl
1. stv. Vorsitzender

Rathausplatz 1
47441 Moers

Telefon: 02841 / 201220
Telefax: 02841 / 201228

Email: cdu-fraktion@moers.de
www.cdu-fraktion-moers.de

Volksbank Niederrhein eG
BLZ 354 611 06
Konto 720 1354 018

BIC: GENODED1NRH
IBAN: DE83 3546 11067201 3540 18

Antrag 06-2023: Anschluss an die „Münsteraner Erklärung“ und Berichterstattung zu Aufnahmeeinrichtungen in Moers

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Fleischhauer,
sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bittet die CDU-Fraktion den Moerser Rat darum, ein gemeinsames Zeichen für eine bessere Unterstützung durch EU, Bund und Land bei der Aufnahme und Unterbringung geflüchteter Personen zu setzen.

Vor diesem Hintergrund möge der Rat der Stadt Moers Folgendes beschließen:

1. Der Rat der Stadt Moers schließt sich der als Anlage beige-fügten, durch das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen am 11.05.2023 ohne Gegenstimme beschlossenen „Münsteraner Erklärung“ an.
2. Der Rat der Stadt Moers beauftragt die Verwaltung damit, eine jährliche Evaluation betreffend die städtischen Aufnahmeeinrichtungen vorzulegen. In diesem Rahmen soll jeweils die Frage, ob – und falls ja: wann – die belegten Flächen in ihren Ursprungszustand zurückversetzt werden können, einer Beantwortung zugeführt werden.

Verteiler: CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, AfD-Fraktion, Fraktion Liberale Union, Fraktion Für Moers, Fraktion die Grafschafter, Fraktion Die Fraktion, Ratsfrau Karin Pohl, Ratsherr Friedhelm Fischer, Herr Wolfgang Thoenes, Herr Claus Arndt, Herr Thorsten Kamp, Frau Meinke-Henn, Frau Daniela Große, Integrationsrat, Beirat für Menschen mit Behinderung, Beirat für ältere Menschen, Ratsherr Friesz





Begründung:

Die Städte und Gemeinden in NRW haben seit Beginn des Ukraine-Krieges rund 230.000 geflüchtete Personen aus der Ukraine aufgenommen. Dazu kamen im Jahr 2022 rund 43.000 Asylbegehrende. Für das Jahr 2023 werden weitere rund 55.000 Asylbegehrende erwartet. Die Diskrepanz zwischen der humanitären und rechtlichen Pflicht zur Aufnahme der Geflüchteten und den tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten wird immer größer. Es fehlen ausreichende Unterkünfte und Wohnraum; Kitas und Schulen sind überlastet und freie Plätze in Sprach- und Integrationskursen kaum verfügbar. Dass die kommunalen Belastungsgrenzen erreicht sind, ist leider keine Ausnahme mehr, sondern der Regelfall.

Diese Belastungen sind auch in Moers deutlich spürbar. Die geplante Errichtung einer neuen Aufnahmeeinrichtung am Länglingsweg in Schwafheim hat zum Teil heftige – überwiegend kritische – Reaktionen ausgelöst. Ohne Unterstützung durch die örtliche Bevölkerung wird die Unterbringung und Versorgung neuankommender Personen jedoch zunehmend schwieriger. Daher besteht die Notwendigkeit, klare politische Zeichen für eine Stabilisierung des Rechtsrahmens auf den übergeordneten Ebenen zu setzen. Die durch die Folgen der aktuellen Situation unmittelbar betroffene Kommunalpolitik steht in der Pflicht, entsprechende Initiativen einzufordern. Zugleich muss sie dafür Sorge tragen, dass die berechtigten Fragen und Einwendungen der Bürgerschaft Gehör finden.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Kiehn
Fraktionsvorsitzende

Michael Gawlik
Fraktionsvorsitzender

